

Ordnung und Sicherheit sind eine Sache aller

Margitta Germer,

**Stadtverordnete
in Cottbus**



In meinem Diskussionsbeitrag möchte ich — ich gehöre der Ständigen Kommission für Ordnung und Sicherheit an — auf unsere Tätigkeit zur Durchsetzung der Stadtordnung eingehen.

Unmittelbar vor den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen wurde die überarbeitete Stadtordnung über eine Postwurfsendung allen Haushalten zugesandt. Die Verbindung der breiten Diskussion der Stadtordnung mit den Rechenschaftslegungen zu den Wahlen wurde von den Abgeordneten genutzt, um weitere Bürger für die Mitarbeit in den Aktiven für Ordnung und Sicherheit in den Wohnbezirken zu gewinnen.

Die strikte Durchsetzung von Ordnung, Sicherheit und Disziplin ist nicht nur eine Forderung an die Betriebe der Stadt, sondern alle Bürger des Territoriums müssen zur Erfüllung dieser Aufgabe mit einbezogen werden. Wichtig ist und bleibt auch dazu die ideologische Arbeit.

Über die Parteigruppe der Stadtverordnetenversammlung wurde deshalb zunächst Klarheit geschaffen, daß die Genossen Abgeordneten dabei vorbildlich vorgehen. So wurde das Wirken unserer Genossen zu diesen Fragen vor der Parteigruppe eingeschätzt, die Auseinandersetzung bei Verstößen gegen die Stadtordnung bis in die Parteikollektive geführt. In zunehmendem Maße wurden durch die Genossen Abgeordneten Forderungen an die staatlichen Leiter im Rahmen der betrieblichen Abgeordnetengruppe gestellt. Zugleich wurde stärker Einfluß darauf genommen, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit zum Beispiel die Jugendlichen zunehmend Freizeit- und Erholungssport betreiben können. So entstanden mehrere Jugendklubs und Bolzplätze.

In die Diskussion zur Stadtordnung wurden in vielfältiger Form und mit den verschiedensten Mitteln und Methoden alle Bevölkerungsschich-

ten unserer Stadt einbezogen, so unter anderem über Presse und Funk. Den Abschluß bildete ein Telefonforum.

Mit der öffentlichen Diskussion der Stadtordnung wurde unseren Bürgern eine wesentliche Seite der sozialistischen Demokratie erlebbar gemacht und bei vielen die Erkenntnis vertieft, daß Ordnung, Sicherheit und Disziplin zusammengehören und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellen.

Im Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur neuen Stadtordnung wurde unter anderem festgelegt, daß die Fachabteilungen des Rates verpflichtet sind, in ihren nach- und zugeordneten Betrieben und Einrichtungen die Probleme der Rechtserziehung und der Rechtspropaganda zum festen Bestandteil ihrer Arbeit zu machen. Neben der Einschätzung des Standes der Durchsetzung der Stadtordnung in der Ständigen Kommission und im Rat werden differenzierte Beratungen mit den Vorsitzenden der Aktiven Ordnung und Sicherheit der Wohnbezirke dazu genutzt, Probleme der allgemeinen Ordnung und Sicherheit zu beraten. An diesen Beratungen nehmen auch die Abschnittsbevollmächtigten und zu bestimmten Problemen die Vorsitzenden der Schiedskommissionen teil.

Zu den größten Problemen, mit denen wir uns gegenwärtig noch beschäftigen müssen, zählt die Ordnung und Sauberkeit in der unmittelbaren Umgebung von zentralen Objekten und Kaufhallen, die Ordnung und Sicherheit auf Baustellen, das ordnungsgemäße Beräumen von Baustellen und auch das Sich-Verantwortlich-Fühlen für die Beräumung und Abstumpfung von Gehwegen in der Winterperiode und die Beseitigung des Streugutes auf den Straßen nach dem Einsetzen des Tauwetters.

Auf der Grundlage des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe kontrollieren die Stadtverordnetenversammlung und in ihrem Auftrage die Ständigen Kommissionen die Durchsetzung und Einhaltung der Stadtordnung. Hier ist es aber notwendig, daß die Kontrolleinsätze der Abgeordneten und der gesellschaftlichen Kräfte noch zielstrebig vorbereitet und koordiniert werden. Das ist um so wichtiger, weil es in der Vergangenheit vorgekommen ist, daß eine Kontrollgruppe von der anderen nichts wußte und an verschiedenen Tagen — innerhalb kurzer Zeit — zu den gleichen Problemen in Betrieben und Einrichtungen Kontrolleinsätze durchgeführt worden sind.

Es gibt aber auch noch andere Probleme. Meines Erachtens wäre es notwendig, die Befugnisse der Vorsitzenden der Aktiven für Ordnung und Sicherheit in den Wohnbezirken durch die dafür zuständigen staatlichen Organe exakter zu bestimmen.